

Einen Einsatz deutscher Soldaten im **Nahost-Konflikt** wird es mit unserer Zustimmung nicht geben

Rede des Kanzlerkandidaten der Union und bayrischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber im Deutschen Bundestag am 25. April

” ”

Wir stehen ohne Einschränkung zum Existenzrecht Israels in Frieden und gesicherten Grenzen.



*Wir treten ganz entschieden all denen
entgegen, die unter dem Deckmantel
des Protestes gegen die israelische
Politik uralte antisemitische
Klischees aufpolieren und so aus dem
Leiden des Nahen Ostens schäbiges
politisches Kapital schlagen.*

Die Lage im Nahen Osten ist für alle Beteiligten inzwischen verzweifelt. Die Bilder von grausam zugerichteten israelischen Opfern des Terrors und von den schrecklichen Leiden der Palästinenser sind für jeden schmerzlich, ja unerträglich.

Die große Tragik dieser Region ist, dass hier seit über einem Jahrhundert zwei Ansprüche aufeinander prallen, die in einem schier unlösbaren Konflikt stehen.

Terror, Unterdrückung und Gewalt verschärfen die Lage für die schwer getroffenen Menschen in der Region. Sie sind keine Mittel zur Lösung des Konflikts, sie verschärfen den Konflikt ins bisher unvorstellbar Grausame. Wir alle verurteilen sie auf das Schärfste. Niemand kann angesichts solcher schrecklicher Bilder einfach wieder zur Tagesordnung übergehen. Wir müssen alles tun, was in unseren Kräften und Möglichkeiten steht, um einen Beitrag zur Herstellung des Friedens im Nahen Osten zu leisten.

Der Union ist an einer verantwortungsvollen deutschen Außenpolitik gelegen

Der Konflikt im Nahen Osten ist das herrschende Thema in der Außenpolitik. In manchen Medienberichten ist zu lesen, dass die heutige Debatte ein Duell zwischen dem Kanzler und seinem Herausforderer sein wird. Das halte ich angesichts der Tragik der

Situation und vor allem wegen der vielen Opfer dieses Konfliktes für abwegig. Im Gegenteil: Ich spreche hier für die Union, weil uns an einer verantwortungsvollen deutschen Außenpolitik gelegen ist.

Nach dem Ende des Kalten Krieges sind Deutschland neue Aufgaben in der Außen- und Sicherheitspolitik zugewachsen. Von uns Deutschen wird erwartet, dass wir sehr viel stärker als bisher Verantwortung für Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent und in der Welt übernehmen – wie auch andere europäische Nationen. Dass Deutschland dazu bereit und fähig ist, hat die Bundesregierung unter Helmut Kohl schon Anfang der neunziger Jahre auf dem Balkan unter Beweis gestellt. Dennoch ist bei allen Überlegungen, deutsche Soldaten einzusetzen, auf fortwirkende historische Belastungen Rücksicht zu nehmen.

Deutlich sagen, wo die Unterschiede zwischen Bundesregierung und Opposition liegen

Dies gilt in besonderem Maße bei der Frage eines deutschen Engagements in Israel und im Nahen Osten. Gerade angesichts des Ernstes dieses Themas müssen wir in diesem Hohen Haus auch deutlich ansprechen, wo die Unterschiede zwischen der Bundesregierung und der Union als Opposition liegen, wenn es um einen deutschen Friedensbeitrag im Nahen Osten geht.

- Sie, Herr Bundeskanzler, haben mit Ihren Äußerungen auf der Kommandeurstagung der Bundeswehr in Hannover am 8. April den geschichtlichen Hintergrund deutschen Engagements in Israel völlig verkannt.
- Sie haben laut darüber nachgedacht, dass deutsche Soldaten daran beteiligt sein könnten, – ich zitiere – „die Konfliktparteien, wenn es eine Chance gibt, eine friedliche Entwicklung durch **Druck von außen** einzuleiten, auch zu **trennen** und dafür eben auch – legitimiert durch die Vereinten Nationen – militärische Mittel einzusetzen“. (Wörtliches Zitat in der FAZ vom 12. April 2002)
- Sie haben auf die besorgte Frage eines Kommandeurs nach einer Beteiligung der Bundeswehr an einer internationalen Friedenstruppe unwidersprochen gesagt – ich zitiere: „Das wäre sicherlich eine zu theoretische Debatte über Eier, die noch nicht gelegt sind. Aber ich will wenigstens so weit gehen, Ihnen fair auf Ihre Frage zu antworten, dass ich das, was in der Frage intendiert war, nicht ausschließen kann und will.“ (Wörtliches Zitat in der FAZ vom 12. April 2002).

An dieser Frage unterscheiden wir uns grundsätzlich

Auch wenn Sie Ihre Aussage in der Zwischenzeit relativieren, sage ich Ihnen: In dieser Frage unterscheiden wir uns grundsätzlich!

Wir sind zu jeder politischen und humanitären Hilfeleistung bereit, aber vor dem Hintergrund unserer Geschichte wird es einen Einsatz deutscher Soldaten selbst unter UNO-Mandat im Nah-Ost-Konflikt **mit unserer Zustimmung nicht** geben.

Auch wenn heute das Verhältnis Deutschlands zu Israel gut und freundschaftlich ist, wird es angesichts der Opfer des Holocausts immer ein besonderes sein. Dieses besondere Verhältnis besteht auch in dieser schrecklichen Konflikt-Situation, in der sich der ganze **Nahe Osten zur Zeit** befindet.

In dem Land, in dem die vielen heiligen Stätten, wie zum Beispiel die Geburtskirche in Bethlehem, liegen, mit denen gläubige Menschen die Symbole für Hoffnung und Frieden verbinden, herrschen Terror und Krieg.

Hinter territorialen Ansprüchen steht ein tiefer religiös begründeter Konflikt

Zwei Völker erheben Anspruch auf das selbe Stück Erde. Und dabei geht es nicht nur um gegensätzliche territoriale Ansprüche. Hinter den Ansprüchen steht ein tiefer religiös begründeter Konflikt, der sich im Streit um Jerusalem zuspitzt. Diese Stadt ist beiden Seiten heilig.

Wenn aber beide Seiten sich darauf berufen und **unnachgiebig** auf ihrer Position beharren, dann mündet das geradezu zwangsläufig in einen blutigen Konflikt ohne jede Bereitschaft zur Versöhnung. Aber nur Offenheit und Toleranz gegenüber dem anderen Standpunkt führen zu einer **politischen** Lösung des Konfliktes.

Obwohl dieser Konflikt nicht in erster Linie ökonomisch oder sozial begründet ist, wird er auch durch die enorme Spreizung des Pro-Kopf-Einkommens zwischen Israelis und Palästinensern noch erheblich verschärft.

Konzepte, die diese religiösen, ökonomischen und sozialen Gegensätze außer Acht lassen, werden keinen Erfolg haben.

Palästinenser beklagen, dass Israelis sich überheblich benähmen. Sie fühlen sich innerhalb Israels als Bürger zweiter Klasse, und erst recht in den 1967 eroberten Gebieten. Neben den wirtschaftlichen und rechtlichen Benachteiligungen, empfinden sie vor allem eine tiefe Verletzung ihres persönlichen und des nationalen Stolz.

Palästinenser beharren auf dem Rückkehrrecht in ihre angestammte Heimat. Sie empfinden die israelischen Siedlungen als Dorn im eigenen Fleisch.

Israelis befürchten von der Rückkehr der Flüchtlinge eine massive Veränderung der Bevölkerungsstruktur mit Auswirkungen auf den Charakter ihres jüdischen Staates.

Bis heute hat die große Mehrheit der arabischen Staaten Israel nicht anerkannt

Bis heute hat die große Mehrheit der arabischen Staaten Israel nicht anerkannt und ist dem Land feindlich gesinnt.

Was die Menschen in der Region zur Zeit durchmachen, ist eine der schlimmsten Heimsuchungen, die eine zivilisierte Gesellschaft erleben kann. Wäre Deutschland in gleicher Weise von Terroranschlägen getroffen wie Israel, dann würde das gewaltige Ausmaß von Furcht, Angst und Schrecken weite Teile des öffentlichen Lebens lähmen.

Es ist eine schreckliche Vorstellung, in deutschen Städten könnte sich kein Mensch mehr in ein Restaurant wagen, die Marktplätze und Einkaufszentren wären leer, weil man fürchten müsste, jederzeit Opfer eines Terroranschlags zu werden.

Das ist doch die Lage, in der sich Israel zur Zeit befindet. Die Menschen haben Angst, weil sie wissen, dass vor kurzem ein Selbstmordattentäter in ihrer Nachbarschaft

für Tod und Verwüstung gesorgt hat und dass dies jederzeit wieder geschehen kann. Trotz einer Vielzahl von Treffen, Vereinbarungen und Plänen dreht sich die Spirale von Hass und Gewalt weiter. Aus ihr können die Konfliktparteien nur entkommen, wenn sie die gewaltsamen Auseinandersetzungen umgehend beenden. Dabei muss allen klar sein, dass sie zu **schmerzhaften Kompromissen** bereit sein müssen.

Denn Tatsache ist: Heute lebt Israel mit weniger Sicherheit und mit weniger Frieden. Daran hat die Politik von Ministerpräsident Sharon, der angetreten ist mit dem Versprechen, mehr Sicherheit für Israel zu schaffen, nichts geändert. Leider ganz im Gegenteil!

Die Palästinenser haben mit dem Rückfall zum Terror viel Vertrauen in der Welt verloren

Palästinenser haben mit dem Rückfall zum Terror und ihrem Griff zum Mittel des menschenverachtenden Selbstmordattentats viel Vertrauen in der Welt verloren.

In der jetzigen Situation ist es mehr denn je die Aufgabe der politischen Führung beider Seiten, in beiden Völkern die dringende Notwendigkeit von Kompromissen ungeschminkt zu vermitteln.

Wir appellieren an die israelische Regierung, die UNO-Kommission zur Untersuchung der Vorgänge in Dschenin zu unterstützen, damit die schweren Anschuldigungen entkräftet werden. Das darf nicht die Quelle für eine neue furchtbare Runde von Terror und Gewalt werden.

Genauso appellieren wir an Arafat und die palästinensische Führung, für ein Ende des Terrors zu sorgen, damit es zu einem Waffenstillstand kommt.

Wir stehen ohne Einschränkung zum Existenzrecht Israels in Frieden und gesicherten Grenzen.

Ich habe mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass Sie, Herr Bundeskanzler, keine Embargo- oder Boykott-Maßnahmen gegen Israel beschließen oder mittragen werden. Aber angesichts der vorangegangenen Fragen und Irritationen habe wir ein Anrecht darauf zu wissen: Was haben Sie zurückgehalten? Was liefern Sie jetzt?

Wir unterstützen auch die Ansprüche des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat

Wir unterstützen auch die Ansprüche des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat. CDU und CSU treten ein für eine Region, in der zwei Staaten, Israel und Palästina, Seite an Seite und innerhalb sicherer und von allen Nachbarn anerkannten Grenzen leben.

Solange dieser Konflikt nicht gelöst ist, bleibt er ein Nährboden für weltweiten Terror.

Er war der Hintergrund für das Olympia-Attentat von 1972 in München und auch für den Terror-Krieg, der am 11. September Amerika direkt und damit letztlich mittelbar der gesamten freien Welt erklärt wurde. Er ist auch eine Ursache für das Attentat von Djerba, dessen Opfern unser tiefes Mitgefühl gilt. Und wie die jüngsten Ermittlungen deutscher Behörden aufgedeckt haben, liegen Knoten des Terrornetzes mitten in Deutschland.

Kein Konflikt rechtfertigt Terror. Aber es ist bittere Realität, dass wir mit dieser Bedrohung leben. Und niemand weiß, wo der Terror morgen oder übermorgen zuschlägt und wie viele Opfer er noch fordert.

Der Schlüssel für die Lösung des Konflikts liegt ganz entscheidend bei den USA. Zusammen mit der Europäischen Union, Russland und der UNO und gemeinsam mit den arabischen Nachbarn Israels können sie einen Beitrag zu einer dauerhaften Lösung des Konfliktes und zum Frieden in der Region leisten.

Ich bin ein überzeugter Verfechter einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Sie würde das transatlantische Bündnis festigen. Das gilt gerade im Bezug auf den Nahen Osten.

Der „Fischer-Friedensplan“ hat leider keinen glücklichen Beitrag geleistet

Leider hat der „Fischer-Friedensplan“, der jetzt vom Bundeskanzler zu einer bloßen „Wegskizze“ herabgestuft wird, dazu keinen glücklichen Beitrag geleistet. Besser wäre es gewesen, wenn er ihn vorher in die Beratungen der Europäischen Union eingebracht und mit den USA abgestimmt hätte.

Die Europäer werden nur dann eine wirkungsvolle Rolle spielen können, wenn sie handlungsfähig sind. Gewiss, wir haben im Sommer 2000 die europäische Politik für den Mittelmeerraum ein Stück weit harmonisiert.

Doch seinerzeit wurde der arabisch-israelische Friedensprozess aus der „Gemeinsamen Strategie“ bis zum Abschluss eines umfassenden Friedens herausgenommen. Ausgerechnet dort, wo die Stabilität einer ganzen Region auf dem Spiel steht, haben sich die europäischen Regierungen – also auch die Bundesregierung – der Vielstimmigkeit verschrieben. So können wir europäische Außen- und Sicherheitspolitik **nicht** betreiben!

Die Europäer können aufgrund ihrer guten Beziehungen zu den meisten arabischen

Staaten die Fähigkeit anbieten, Brücken über die tiefen Gräben zu schlagen. Das ist angesichts der historischen Mitverantwortung Europas im Nahen Osten eine angemessene Rolle, aber auch der spezielle Beitrag, den die Europäer hier leisten können.

Ein militärischer Beitrag Deutschlands ist für uns völlig ausgeschlossen

Ein militärischer Beitrag Deutschlands wäre vor dem Hintergrund unserer eigenen Geschichte ein Irrweg und er ist deshalb für die Union völlig ausgeschlossen.

Herr Bundeskanzler, Sie haben heute zwar gesagt, die Frage einer deutschen Beteiligung an einer internationalen Sicherheitskomponente stehe heute nicht auf der Tagesordnung. Sie haben aber hinzugefügt, dass Sie von Fall zu Fall über den Umfang einer deutschen Beteiligung nach dem Gesichtspunkt entscheiden werden, was Deutschland leisten kann und was es sinnvoll und effizient leisten sollte. Ein militärischer Beitrag ist für uns keine Frage der Tagesordnung, sondern wir lehnen ihn im Nah-Ost-Konflikt aus grundsätzlichen Erwägungen ab.

Im Übrigen drängt sich der Verdacht auf, dass Ihre Bereitschaft, deutsche Truppen im Ausland einzusetzen, in diametralem Gegensatz zu Ihrer Bereitschaft steht, für die Bundeswehr mehr zu tun.

Lassen Sie mich noch ein Wort an die in Deutschland lebenden Juden richten: Sie sind loyale Bürger unseres Staates. Aber es ist nur allzu verständlich, wenn Sie sich mit

Israel in besonderer Weise verbunden fühlen. In Israel leben viele Ihrer Freunde, Bekannten und engste Verwandten.

Ich kann Ihre Verbitterung verstehen, wenn bei anti-israelischen Demonstrationen in Europa und ganz besonders in Deutschland antisemitische Untertöne zu vernehmen sind. Oder wenn es gar wie in Frankreich, aber leider auch schon vereinzelt in Deutschland, zu offenen antisemitischen Feindseligkeiten kommt.

Das stößt auf unseren erbitterten Widerstand! Kritik an der israelischen Politik ist in einer Demokratie ein selbstverständliches Recht. Aber wir treten ganz entschieden all denen entgegen, die unter dem Deckmantel des Protestes gegen die israelische Politik uralte antisemitische Klischees aufpolieren und so aus dem Leiden des Nahen Ostens schäbiges politisches Kapital zu schlagen.

Die westlichen Staaten unter Führung der USA, die Europäische Union, Russland und auch wir in Deutschland müssen einen Beitrag zur Beendigung dieses schrecklichen Konflikts leisten.

Aber ohne den Mut der verantwortlichen Politiker im Nahen Osten, auf einander zuzugehen, kann es keinen Frieden geben. Wir können mit unseren diplomatischen, politischen und ökonomischen Möglichkeiten solche Bereitschaft ermutigen und fördern.

Wir wünschen den Menschen im Nahen Osten, dass die führenden Persönlichkeiten ihrer Länder wieder den Mut und die Kraft finden, wie sie Anwar el Sadat, Menachem Begin und Jitzhak Rabin hatten, die gegen alle Tabus und auch gegen Widerstände in ihren Ländern, offen und vertrauensvoll die Hände zu einander ausstreckten.



Herr Bundeskanzler, Sie haben zwar gesagt, die Frage einer deutschen Beteiligung an einer internationalen Sicherheitskomponente stehe heute nicht auf der Tagesordnung. Sie haben aber hinzugefügt, dass Sie von Fall zu Fall über den Umfang einer deutschen Beteiligung nach dem Gesichtspunkt entscheiden werden, was Deutschland leisten kann und was es sinnvoll und effizient leisten sollte. Ein militärischer Beitrag ist für uns keine Frage der Tagesordnung, sondern wir lehnen ihn im Nah-Ost-Konflikt aus grundsätzlichen Erwägungen ab.